

Artikel Eins

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Oktober (2) 2007

Die unabhängige Kleinzeitung
2. Jahrgang • 27. Ausgabe
Spendenempfehlung ab 50 Cent

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen

Warum haben viele Menschen Angst vor dem Amt?



Von Birgit Kühn

Schon das Wort Hartz IV versetzt viele Bürger in Angst und Schrecken. Die Almosen, die beim Amt erbettelt wer-

dezimmer? Die Kontoauszüge werden von wildfremden Menschen durchgeschneffelt. Der Bürger muss Rechenschaft ablegen über seine eigenen Kontobewegungen.

schuldig wurden so Millionen von Menschen in den offenen Strafvollzug geschickt. Aber jeder Schwerverbrecher hat irgendwann seine Strafe abgebußt. Viele werden sterben, ohne Hartz IV jemals verlassen zu haben.



Diese Diffamierungen und Betteleien können doch niemand gefallen. Warum gehen die Bürger nicht auf die Straße? Einige sind der Meinung, wir können ja sowieso nichts ändern. Aber der größte Teil hat Angst, aktiv bei den Bürgerbewegungen mit zu arbeiten. Immer wieder hört man, mein Sohn hat noch Arbeit. Ich möchte nicht, dass er diese durch meine Aktivitäten verliert. Viele Bürger haben Angst vor der Presse, es könnte ja ein Bild in der Zeitung oder Fernsehen erscheinen.

Aber genau das bezweckt die Regierung. Sie spaltet die Arbeitnehmer und Arbeitslosen und schürt ganz bewusst Angst unter der Bevölkerung. Die Schikanen der Behörden kann man aber nur bekämpfen, in dem man sich dagegen wehrt. Je mehr man sich wehrt, desto weniger ist man Schikanen ausgesetzt. Ich spreche aus Erfahrung: Wir von den sozialen Bewegungen werden viel weniger schikaniert, weil wir die Missstände aufdecken.

den müssen, reichen nicht zum Leben. Aber Androhungen von Sanktionen reichen, um einige Bürger mundtot zu machen. Da werden sinnlose Ein - Euro Jobs vermittelt. Die Bürger wissen das und können diese Jobs trotzdem nicht ablehnen, denn hohe Sanktionen erwarten sie als Strafe.

Da werden Eingliederungsvereinbarungen mit hohen Auflagen erteilt. Der Arbeitslose hat nur die Wahl: Er unterschreibt oder erhält kein Geld. Für jedes bisschen muss der Hartz IV-Betroffene betteln, um Erlaubnis fragen oder Anträge stellen. Diese Anträge werden in vielen Fällen sowieso abgelehnt.

Den ALG II-Empfängern wird vorsätzlich die Menschenwürde geraubt. Da werden Hausdurchsuchungen durchgeführt, Schränke geöffnet, Zahnbürsten gezählt, Kühlschränke geprüft und vieles mehr. Man fragt sich: Wann kommen Videokameras in Schlaf- oder Ba-

Das und vieles mehr bedeutet Hartz IV. Damit hat die Regierung ein Gesetz geschaffen, auf ganz legale Weise die Arbeitslosen gefügig zu machen. Das bedeutet aber noch mehr. Deutschland hat dadurch einen Überwachungsstaat, wie wir ihn noch nie erlebt haben. Un-

Wir alle können nur der Regierung und den Ämtern richtig einheizen, wenn wir uns einig sind. Was kann die Regierung schon gegen unsere Proteste unternehmen, gar nichts. Aber wir können etwas gegen die menschenfeindliche Politik unternehmen, wenn wir unsere geballte Wut und Empörung auf die Straße tragen.

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. (kontakt@artikel-eins.com)

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

Die Linken brauchen eine Strategie.

Fangt endlich an mit Politik!

Von Rainer Thiel (Im Auftrag der Redaktion von „Artikel Eins“)

walt leisten, und trotzdem sind die Gerichte schon jetzt überlastet.

Deutschland ist reich, doch die Armut wird größer. Noch schlimmer als Mangel an Münzen ist die Demütigung. Bist Du Hartz IV und hast eine Freundin,

Da haben wir nun eine demokratische Verfassung, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Opposition ist erlaubt, Demonstration ist erlaubt.

4. Bundesweite Demonstration am 13. Oktober in Berlin

Ausführlicher Bericht mit vielen Informationen in der ersten Novemberausgabe von „Artikel Eins“.



dann lass Dich nicht erwischen, sonst wird Dir der Bezug vom AA gekürzt. Und warum gehen die Ärmsten nicht mehr auf die Straße? Es waren doch mal so viele. Sie haben Angst, fotografiert zu werden. Sie haben Angst um ihre Angehörigen: „Mein Mann hat noch einen Job. Da kann ich mich nicht auf einer Demo sehen lassen.“ Das geht bis ins Absurdeste: „Mein Sohn hat seinen Job im Landratsamt, da kann ich nicht für eine Bürgerinitiative zur Kommunalwahl kandidieren.“

Wie wollen dann Volksparteien in Parlamenten arbeiten, wenn ihnen die Straße nicht powerful unter die Arme greift?

Die Linken meinen, sie verträten soziale Interessen. Doch die meisten sorgen sich um Sitze in den Parlamenten. Und sind sie drin, dann sagen sie: Wir sind noch nicht genug, was sollen wir denn machen? Begrüßt man sie im Städtchen beim Einkauf und will mit ihnen ins Gespräch kommen, schauen sie auf die Uhr und sagen: „Meine Frau wartet mit dem Mittagessen.“

Immer weniger Bürger gehen zu den Wahlen. In Falkensee bei Berlin hatten an der vorletzten Bürgermeisterwahl im Jahre 01 noch 51 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen, bei der jüngsten Wahl im September 07 waren es noch 44 Prozent, und in vielen Städten liegen die Teilnehmerzahlen kaum noch über dreißig Prozent. Ist das denn Demokratie? Es ist nicht mal mehr parlamentarische Demokratie. Der Rechtsstaat bleibt auf der Strecke: Zu viele Menschen haben Rechtsprobleme, zu viele kennen sich im Recht nicht aus, zu viele können sich keinen Rechtsan-

walt leisten. Aber wo bleibt die Demokratie?

Parteilinke sagen seit Jahren, sie müssten sich den Bürgern zuwenden. Doch sie kommen immer noch nicht heraus aus ihren Büros. Und wo Bürger sich regen, kann es passieren, dass Linkspartei sie ausbremst. Besonders schlimm war das in Brandenburg. Gegen Schulschließungen hatten 106 000 Bürger in einer Unterschriftensammlung votiert, mit Name und Adresse und noch ohne Angst. Doch die PDS hat die Listen ins Aus gesteuert, sie wollte mit der SPD ins Bett. Die Bürger wurden, statt Selbstvertrauen zu stärken, tief gedemütigt. Das war der spektakulärste Tiefschlag, doch nicht der einzige. Ist das nicht Verzicht auf Opposition, die von der Verfassung her gefordert ist, damit wir demokratisch bleiben können? Ist das nicht Verzicht auf Demokratie?

Der rot-rote Senat von Berlin brachte zum Tag der Befreiung Wasserwerfer und Hundestaffeln in Stellung gegen Antifaschisten, die den Nazis den Marsch Richtung Brandenburger Tor verlegten. Erst als der Senat ein Blutbad zu befürchten begann – „was soll denn da das Ausland denken?“ (Es waren viele ausländische Gäste am Befreiungs-Tag in Berlin) – erst als der Senat um sein Renommee zu fürchten begann, ließ er die Neonazis vom Alexanderplatz hinwegschieben, nicht ohne sich zu rühmen, er sei es gewesen, der den Rechten Paroli geboten hat.

Wie hat diese Lahm-Armigkeit begonnen? Von Anfang an gab es in der größten Linkspartei, der PDS, zwei Strömungen: Verkürzt gesagt Realos und Fun-

dis. Der Vorsitzende, ein liebenswerter Mensch, meinte aber nur: „Genossen, seid nett zueinander.“ Das war Integration ohne Geist. Dabei gilt dort traditionell der Vorsitzende als König. Hätte nicht der König sagen können: Genossen, jeder hat einen Zipfel der Wahrheit in der Hand, eben einen Zipfel nur. Machen wir aus der Not eine Tugend. Machen wir unsre Differenzen fruchtbar. Machen wir etwas Neues daraus. Lernen wir voneinander, Lernen wir endlich bei Marx, bis jetzt kannten wir nur Bruchstücke. Analysieren wir unsre Geschichte, aber gründlich. Dann können wir in zwei Jahren eine gemeinsame, zukunftsfähige Strategie haben, für die sich die Bürger interessieren.

So hätte die Lage vor zehn Jahren aussehen können. Doch nichts geschah. Inzwischen ist alles schlimmer geworden in der Bundesrepublik: Gemeldete plus verdeckte Arbeitslosigkeit bei zehn Millionen. Angst vor Arbeitslosigkeit bei ca. zwanzig Millionen. Und Millionen lassen sich noch mehr Arbeit und Dumping aufbrummen: „Lieber als Individuum Abstriche hinnehmen als Arbeitsplatz verlieren.“ Der Spalt zwischen Erwerbslosen und Jobbenden droht sich zu verfestigen. Ist das nicht das Allerschlimmste? Da hätten bei Linksparteien spätestens vor sechs Jahren die Alarmglocken schrillen müssen.

Vor sieben Jahren begannen einzelne Linke, der PDS strategische Vorschläge zu übergeben, zum Beispiel „Arbeit – Freizeit – Freiheit“, also allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeit für alle, und für Niedriglöhner Mindestlohn auf hohem Niveau. Wäre das nicht die Strategie, um die Erwerbslosigkeit zu überwinden, zum Nutzen aller Lohn- und Gehaltsabhängigen? Wäre das nicht die Strategie, um allen die Angst zu nehmen? Um alle zum Aufrechten Gang zu ermutigen? Zum Aufrechten Gang, den wir brauchen, wenn wir Demokratie und sozialen Fortschritt wollen? Wäre Aufrechter Gang nicht überhaupt das höchste Ziel für alle Zukunft? Für Sozialstaat wie für Sozialismus? Wäre das nicht der Kern aller Strategie?

Anregungen zum kreativen Denken wurden der PDS in Fülle zugeleitet. Doch sie geht der Diskussion aus dem

(Fortsetzung auf Seite 3)

Die Lockführer brauchen Unterstützung und keine Kritik

Von Birgit Kühn

Schon zum zweiten Mal befasste sich ein Arbeitsgericht im Tarifkonflikt zwischen der GDL und der Bahn. Das Gericht entschied, den Streik im Nahverkehr zuzulassen aber im Fern- und Güterverkehr nicht. Der ehemalige Bundesrichter Wolfgang Neskovic, Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, äußerte sich zur „Jungen Welt“. Er bezeichnete die gerichtlichen Beschränkungen für den Arbeitskampf der Lokführer als „verfassungswidrig - Zensur des Streikrechts“.

Trotz Notfahrplan kam es am Freitag den 5. Oktober 07 zu erheblichen Einschränkungen im Nah- und Regionalverkehr. Von den 19 000 Regionalzügen sind nur ca. 50 Prozent und im Fernverkehr von 750 Zügen sind nur zwei Drittel planmäßig gefahren. Die GDL beschränkte sich für diesen Ausstand auf die Zeit von 8 - 11 Uhr.

Aus den Reihen der IG-Metall, ver.di und GEW solidarisierten sich Gewerkschafter mit den Lokführern mit einer Unterschriftenaktion in Stuttgart.

Der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Birske sprach auch zu diesem Thema auf dem Bundeskongress der Gewerkschaft in Leipzig. Er kritisierte die Lokführergewerkschaft (GDL) für ihren Alleingang im Tarifstreit. Nicht nur die GDL hat sich somit von der Solidarität verabschiedet, sondern auch die Pilotenvereinigung und der Ärzteverband Marburger Bund. Das reißt tiefe Gräben im Unternehmen warnte Birske. Die Gewerkschaft ver.di war einmal an erster Stelle mit 2,8 Millionen Mitglieder, aber inzwischen hat sie nur noch 2,23 Millionen Mitglieder und liegt jetzt auf

Platz zwei hinter der IG-Metall.

Birske äußerte sich, wir müssen uns besser und zielgenauer auf spezialisierte Berufsgruppen einstellen. Außerdem

müssen wir uns stärker auf die Sorgen und Hoffnungen in unterschiedlichen Lebenslagen der Beschäftigungsgruppen einlassen. Er kritisierte aber auch das verhängte Streikverbot vom Arbeitsgericht für den Güter- und Fernverkehr. Er sagte, das Urteil sei ein Angriff auf das verfassungsmäßig geschützte Grundrecht des Streiks.

Zwischen den Bahngewerkschaften ist der Ton schärfer geworden. Die Zeitung „Berliner Morgenpost“ berichte sogar von Morddrohungen. Norbert Hansen, Chef der DGB-Gewerkschaft Transnet, berichtete von anonymen Briefen und E-Mails, die sie von angeblichen GDL-Mitgliedern erhielten. Unterschrieben waren diese anonymen Briefe mit „GDL Deutschland“. Ein Lokführer Ingo S. berichtete: Wir gehen nicht mehr in Räume, wo die andere Gewerkschaft anwesend ist und umgedreht ist es auch nicht ratsam. Die GDL fordert aber weiterhin einen eigenen Tarifvertrag. Weitere Streiks werden geplant.

Diese anonyme Morddrohungen werfen viele Fragen auf. Wer bedroht wem? Wo kommt diese Bedrohung her? Warum sollte sich die GDL-Gewerkschaft selber schaden? Wer hat Interesse daran, dass diese Morddrohungen verbreitet werden? Die Eisenbahner müssen frü-

her oder später wieder Hand in Hand arbeiten. Also, warum sollten sie sich jetzt gegenseitig bedrohen? Darüber sollten einmal beide Gewerkschaften nachdenken.

Man fragt sich: Warum führen nicht alle Gewerkschaften einen gemeinsamen Kampf? Weshalb geht die DGB-Ge-

Je feiger der Mensch desto frecher der Staat

werkschaft Transnet nicht auf die Lokführer zu und legt den ganzen Bahnbetrieb lahm? Warum ruft ver.di nicht gleichzeitig auch ihre Mitglieder zum Streik auf? Das betrifft auch die IG-Metall und alle anderen Gewerkschaften. Wenn alle Gewerkschaften gleichzeitig die Arbeit niederlegen, dann würden die Gewerkschaften auch wieder an Ansehen in der Bevölkerung gewinnen.

Ein politischer Streik ist in Deutschland verboten, aber wenn sich alle Gewerkschaften einig wären, würde das einem Generalstreik gleich kommen. Jede Gewerkschaft könnte unter eigener Begründung zum Streik aufrufen, denn es gibt genügend Probleme in allen Berufszweigen. Die Gewerkschaften sollten nicht nur mit der Regierung und dem Unternehmen verhandeln, sondern vorher genau mit ihren Mitgliedern, den Arbeitnehmern sprechen. Jede Gewerkschaft sollte auch die Arbeitslosen mit einbeziehen, denn nur so kann die Spaltung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitslose überwunden werden.

Die Lokführer dürfen nicht unter Druck gesetzt, sie müssen gestärkt werden! Ihr Mut und Durchhaltevermögen muss belohnt werden. Deshalb sollten sich möglichst viele Gewerkschaften diesem Streik anschließen.

Die Linken brauchen ...

(Fortsetzung von Seite 2)

Weg. Eine Strategie zur Überwindung der Erwerbslosigkeit und der Angst hat sie immer noch nicht, so greifbar nahe auch die Strategie vor Augen liegt. Was will die Linke dann? Alles ohne die Bürger? Und wenn sie in Regierungen einzieht: Dort wird sie Untertan der Koalitionspartner, wenn sie nicht von

Aufrecht gehenden Massen unterstützt wird, auch von der Straße her, wie es das Grundgesetz ermöglicht.

Und wenn die Protest-Wähler merken, dass sie sich in der Partei getäuscht haben: Was dann? Müsste die Linkspartei nicht längst den Lohn- und Gehaltsabhängigen gesagt haben: Wenn Euch das Wasser bis zum Halse steht, dann beginnt Ihr zu kämpfen, in Eurer Umge-

bung, in Eurem Unternehmen. Meist werdet Ihr einzeln abgefertigt. Also weg mit den Hürden, die Euch an Solidarität mit Euresgleichen hindern. Freie Bahn für Generalstreik in allen Konzernen, für politischen Streik. So bündelt Ihr Eure Kräfte. Schluss mit Lohn-Dumping. Arbeitsplätze, Freizeit und Freiheit für alle. Dann könnt Ihr Euch retten, Euch selber, Eure Familien und die Demokratie.

Leserbriefe und Lesermeinungen



1000 Tage HARTZ IV - eine Bilanz

Von Jürgen Weber

Es war das Jahr 2005, als Herr Hartz und Bundeskanzler Schröder das neue Gesetz „HARTZ IV“ voller Stolz präsentierten. Durch „Fördern und Fordern“, sollte sich die Arbeitslosigkeit halbieren. Was wurde nun daraus?

Das hoch gelobte Gesetz war schon zu Anfang verfassungswidrig, da die Regelleistungen zwischen Ost und West unterschiedlich war. Woher sollte man auch den Artikel 3 Abs. 3 des GG kennen! Dann bemerkt man den Fehler und wollte ihn zum 01.01.2007 beheben. Plötzlich war der Verwaltungsaufwand sooo hoch, dass die Angleichung erst zum 01.07.2007 er-

folgen konnte. Zur Überraschung aller ALG II Bezieher wurde der Regelsatz ab 01.08.2007 für Einzelpersonen um EIN Euro und für Bedarfsgemeinschaften um ZWEI Euro angehoben. Das war eine tolle Leistung unserer Regierung! Nur – sind die Lebenshaltungskosten in diesem Zeitraum 2005 bis 2007 um mindestens 10 Prozent gestiegen! Die Auswirkungen sind gravierend!

Dank des Regelsatzes leben 5 Millionen Kinder in Armut. Das bedeutet, dass keine gesunde Ernährung mehr möglich ist und für das Schulesen ist auch kein Geld da. Auch für Schulmaterial gibt es kein Geld. Bald sollen wohl wieder Schiefertafeln eingeführt werden?

Kommen wir zum „Fördern und Fordern“. Die Förderung bestand darin, die Forderungen zu erfüllen, sonst gab's Abzug! Das bedeutete, dass immer mehr Vollzeit Arbeitsplätze durch Minijobs, Ein-Euro-Jober und Leiharbeiter ersetzt wurden. Nahm man nicht die Billigjobs an, drohte man gleich mit Kürzung des Regelsatzes. Dadurch ist die Zahl der Geringverdiener plus ALG II auf 1,2 Millionen gestiegen, Tendenz: STEIGEND!

Man durfte auch nicht ohne Genehmigung in die Nachbarstadt fahren. So lebte man im „Offenen Vollzug“. Fazit: Die Reform des Sozialgesetzes der Regierung entpuppte sich als Gesetz zur Armut!

Alle reden vom Wetter.

Wir nicht.



Notstand der Republik

am 03.11.2007
in **Bremen** 12 Uhr
Hillmannplatz beim Hbf,
in **Erfurt** 12 Uhr
Bahnhofsvorplatz,
in **Regensburg** 13 Uhr
Parkallee

weitere Infos unter: <http://www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de>

Laut Gesetz sind wir verpflichtet, diese Gegendarstellung zu veröffentlichen. Die Redaktion bedauert, falschen Informationen geglaubt zu haben.



Das gute Stück!

Gegendarstellung

In Ihrer Ausgabe 14/07 ist ein Artikel mit dem Titel „**Wir haben es geschafft**“ veröffentlicht. Dort ist in ersten Absatz zu lesen:

„Herr Gunther Schreyer hatte vor kurzem achtjähriges Jubiläum mit seiner ehrenamtlichen Lehrstellenvermittlung. Voller Stolz teilte er das allen Protestbewegungen mit. Leider hat aber sein PC aus Altersgründen den Geist aufgegeben. Die Gewerkschaftsfunktionärin Pia Witte aus Leipzig bot ihre Hilfe an. Sie stellte einen Antrag für einen neuen PC bei der zuständigen ARGE. Trotz intensiver Bemühungen blieb der Erfolg aus.“

Unwahr ist die Behauptung, ich sei Gewerkschaftsfunktionärin; richtig ist dass ich in meinem Leben noch nie eine Funktion innerhalb einer Gewerkschaft ausgeübt habe.

Unwahr ist die Behauptung, ich hätte bei der zuständigen ARGE einen Antrag auf

einen PC gestellt; richtig ist, dass ich Kontakt mit der Chemnitzer Bürgermeisterin für Soziales Frau Heidi Lüth, DIE.LINKE, die ich persönlich kenne, aufgenommen hatte, mit der Bitte Herrn Schreyer der ja in Chemnitz wohnt in diese Angelegenheit zu helfen.

Unwahr ist die Behauptung, Trotz intensiver Bemühungen blieb der Erfolg aus. Richtig ist, dass ich nachdem es mit der Bürgermeisterin in Chemnitz nicht geklappt hatte ein Gespräch mit meiner Chefin geführt habe und ich von ihr die Zusage bekam, dass Herr Schreyer einen Computer aus unserem Besitz bekommen könne. Dies teilte ich Herrn Schreyer anschließend telefonisch mit, mit der Bitte, uns einen kleinen Brief über seinen Bedarf an dem Rechner zu schreiben da wir als gemeinnütziger Verein die Computer nur zu gemeinnützigen Zwecken weitergeben dürfen. Leider habe ich anschließend von Herrn Schreyer nie wieder etwas gehört.

Naomi-Pia Witte

Leserbriefe und Lesermeinungen



Herr Schäuble und die Terroristen

Von Stine Hartmann

Es ist bemerkenswert, was innerhalb einiger Wochen für eine Panik vor potentiellen Terroristen verbreitet werden kann. Angefangen hat es mit Schäubles nicht nachvollziehbarer Hysterie vor Anschlägen. Da kamen aus seinem Munde Ideen von Totalüberwachung (wenn es sein muss, Jeden), es sollten Präventivmaßnahmen ergriffen werden, z. B. DNA- und Fingerabdruckdaten sammeln, Schnüffeldateien sog. (Anti-terror-Dateien) angelegt werden, EU-weit sollten (biometrische) Daten gespeichert und ausgetauscht werden. Hinzu kommen Online-Durchsuchungen, das Erfassen von Flugpassagierdaten und der Gedanke des Abschusses von Passagierflugzeugen, falls sie entführt werden sollten, ja sogar die Idee der „gezielten Tötung“ von Terrorverdächtigen. Da fragt man sich mit Recht, leben wir noch in einem demokratischen Land oder schon in einem diktatorischen System? Es drängt sich die Frage nach Verhältnismäßigkeit auf und nach der Amtsfähigkeit des Innenministers bzw. Hörigkeit und politische Abhängigkeit innerhalb von CDU/CSU sowie Teilen der SPD. Die Kritiken, in Kreisen dieser Parteien und die Zweifel an Schäubles Amtsführung wurden mit Drohungen und „Machtwörtern“ der jeweiligen Fraktionschefs ausgeschaltet. So ganz nebenbei wollte Herr Schäuble dann auch noch das Waffenrecht erleichtern und 18-jährigen schon den Zugang zu Waffen genehmigen, was allen anderen (AntiTerror)-Maßnahmen absolut widerspricht, doch dieser „Einfall“ wurde rechtzeitig zurückgenommen.

Wir, als vernunftbegabte Bürger, fragen uns: Ist die Angst vor Terroranschlägen gerechtfertigt? Anschläge kann es überall auf der Welt und jederzeit geben. Es gibt viele militante Vereinigungen und Einzeltäter, die Terroranschläge planen und leider auch durchführen (siehe New York, Madrid oder London u.a.). Die Hintergründe für solche Taten erfahren wir meistens gar nicht oder nur teilweise und entstellt. Deutschland blieb bisher von Anschlägen verschont. Es gibt keinen Grund die Menschen zu verunsichern und Hass gegenüber Ausländern, vor allem auf Muslime, zu ver-

breiten. (Man sollte da eher ein Auge auf den Rechtsextremismus haben). Herr Beckstein sowie Verteidigungsminister Jung stellen neuerdings jeden unter Generalverdacht, der seinen Glauben wechselt, besonders jene, die zum Islam konvertieren. Jeder dieser „Konvertiten“ wird somit permanent überwacht und das alles, weil Herr Schäuble den inneren Frieden gefährdet sieht. (Gefährdet fundamentalistischer Katholizismus nicht auch den inneren Frieden?).

Rechtzeitig für die bundesdeutsche Regierungspolitik hat man nun doch tatsächlich in Deutschland drei mutmaßliche Terroristen festgenommen. Alles passte genau: Die Nähe zum 11. September und zum Jahrestag der Schleyer-Entführung, sowie zur baldigen Abstimmung über noch mehr Einsatz in Afghanistan. Nebenbei lief noch die Debatte, ob die USA auch in Pakistan bomben sollte. Wenn man die Nachrichten über die festgenommenen Attentäter verfolgte, kam man aus dem Staunen nicht heraus. Die Männer, darunter zwei Deutsche, die zum Islam gewechselt waren, wurden seit Monaten beobachtet, aber der Zugriff erfolgte zum exakt passendem politischem Zeitpunkt (welch ein Zufall). Auch wurde bis heute nicht klar, welcher Ort und welche Zeit für einen Anschlag vorgesehen waren. Noch nicht einmal die Bombe war gebaut, denn die Ermittler hatten die Wohnungen der Männer verwandt und die Telefonate abgehört, sowie das Wasserstoffperoxid, das zum Bombenbau gebraucht wird, durch eine harmlose Lösung ersetzt, natürlich zum Schutz der Bevölkerung. Andere Informationen wiederum sagen, dass der Anschlag kurz bevor stand. Was ist wahr und wer wollte sich den Erfolg, endlich Terroristen gefasst zu haben, an die Brust heften?

Wenn diese Jagd auf Terrorverdächtige so weiterbetrieben wird, muss man demnächst damit rechnen, dass auch jeder Chemielehrer oder ähnlich Beschäftigte auf die schwarze Liste kommt, denn sie könnten ja auch Anschläge planen.

Es ist doch offensichtlich, dass hier ein böses politisches Verwirrspiel getrieben wird, um die hasserfüllten und senilen

Ansichten des Innenministers und seiner Befürworter zu rechtfertigen. Es wäre an der Zeit, den Herrn Schäuble zum Rücktritt aufzufordern. Ein Minister, der sein Amt benutzt, um Zwietracht und Hass zu verbreiten, darf nicht länger geduldet werden, hierüber soll-



ten sich die Regierungsparteien im Klaren sein. Durch ihn und seine Politik ist der innere Frieden in unserem Land sehr stark gefährdet, denn er ebnet reaktionären und faschistischen Strömungen im eigenen Land den Weg.

Jetzt muss die Kanzlerin einschreiten, wenn sie tatsächlich an einer demokratischen Politik interessiert ist. Bisher ging sie den Weg des geringsten Widerstandes und hat dem Starrsinn Schäubles nichts entgegenzusetzen gehabt. Sie hat ihn sogar in Schutz genommen und unterstützt. Da stellt sich die Frage, ist das CDU-Treue oder Amtsunfähigkeit?

Wir friedliebenden und demokratischen Bürger dürfen uns auf so eine Politik der Selektion und der Manipulation nicht einlassen. Das führt zu Unfrieden untereinander und verhindert den Fortschritt. Wir müssen dranbleiben am Kampf um Gerechtigkeit und Gleichheit. Verbrechen und Terrorismus wird es immer geben, so lange Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Doch dagegen kann man mit Besonnenheit, Vernunft und Wahrheit vorgehen.

„Agenturschluss“ besetzt Hartz IV-Behörde

Köln - Das Motto lautete „Zahltag - Schluss mit den ARGE(n) Schikanen.“

Deshalb versammelten sich heute (01. Oktober) rund 160 Erwerbslose und Hartz IV-Gegner/Innen an der Kölner ARGE und besetzten das Foyer der Arbeitsagentur Köln trotz eines massiven Polizeiaufgebots. Dazu hatte das Bündnis „Agentur-Schluss“ aufgerufen, um die Auszahlung verweigerter Leistungen zu erzwingen. Trotz anfänglicher Übergriffe der Polizei mit anschließenden Festnahmen konnte der selbst organisierte Begleitschutz in allen Fällen die Auszahlung erzwingen. Zudem wurde der ARGE-Mitarbeiter Dieter Berns für besonders schikanösen Eifer gegen Hartz IV-Empfänger mit dem goldenen „A“ des Erwerbslosen Forum Deutschland ausgezeichnet. Dazu hatte Anne Radstaak von der Initiative „Kunststimmen gegen Armut“ während der Aktion ein entsprechendes Gemälde produziert.



Dem interessierten Publikum wurden mehrere Vorträge und Diashows in der besetzten ARGE präsentiert. Die Themen waren: Hausbesuche vom Amt, eheähnliche Gemeinschaft, „Profiling und Zwang zur Selbstunterwerfung - auch außerhalb von Hartz IV“. Zudem erklärten sich die Teilnehmer der ARGE-Besetzung solidarisch mit den seit zwei Monaten Streikenden und seither selbst verwaltenden Fahrradfabrik „Bike Systems“ in Nordhausen. Hierzu gab es eine Film- und Informationsveranstaltung.

Seit 10:00 Uhr des Tages bot der Wuppertaler Erwerbslosenverein „Tacheles e. V.“ Einzelberatung für Betroffene an, die rege in Anspruch genommen wurde. Gerade die ARGE Köln ist nach der Umstrukturierung und Vorgaben durch die Unternehmensberatung „Roland Berger“ durch systematisches Abweisen und Vorenthaltung von Leistungen aufgefallen.

Zu Beginn verhinderte die Polizei die Vorsprache von Hartz IV-Empfängern,

die für diesen Tag keinen Termin hatten, indem sie nicht zu den Sachbearbeiter/Innen vorgelassen wurden. Zudem wurde bekannt, dass offenbar einige Betroffene kurzfristig eine Terminabsage für den 1. und 2. Oktober bekamen. „Agentur-Schluss“ sah dies im Zusammenhang mit dem angekündigten Aktions-Camp. Erst durch den massiven Druck der Besetzer, bei der es auch zu Übergriffen und Verhaftungen durch die Polizei kam, beugten sich Polizei und ARGE-Leitung der wütenden Menge.

Danach konnte beispielsweise einer alleinstehenden Mutter mit zwei Kindern eine Auszahlung durchgesetzt werden, die schon seit dem 10. August auf Leistungen der ARGE wartete, weil angeblich kein Antrag vorliegen würde. Tatsächlich stellte sich heraus, dass sie den Antrag bei einer Mitarbeiterin abgeben hatte, deren befristeter Arbeitsvertrag inzwischen ausgelaufen war. Offenbar

verschwand mit dem Ausscheiden der Mitarbeiterin auch der Antrag. Ebenfalls konnte eine anstehende Obdachlosigkeit von einer Mutter mit ihrer Tochter verhindert werden, indem die ARGE ebenfalls zur Auszahlung gezwungen wurde und die beiden ihre durch die ARGE verursachten Mietrückstände ausgleichen konnten.

Bei dem Versuch, dem Mitarbeiter der ARGE Dieter Berns, das goldene „A“ zu übergeben, wendete das Bündnis „Agentur-Schluss“ die sogenannte „Fünffingerstrategie“ an, um in die oberen Etagen der Kölner ARGE zu gelangen. Allerdings scheiterte die persönliche Übergabe des Ausgezeichneten, da er sich im Moment der Übergabe in seinem Zimmer einschloss. Deshalb wurde dem Geschäftsführer der Kölner ARGE, Josef Ludwig, das Gemälde und die Auszeichnung überreicht, um sie zu einem späteren Zeitpunkt dem Mitarbeiter zu überreichen. Auch hier traf wieder ein massives Polizeiaufgebot in der 5. Etage der Kölner Arbeitsagentur ein.

Die Besetzer verließen gegen Dienstschluss (18:00) das Foyer der Kölner ARGE. Dennoch wird vor der ARGE auch heute, bei Musik und Stimmung campiert, während das Gebäude heute Nacht durch mehrere Züge der Kölner Bereitschaftspolizei besetzt bleibt, die sich darin verbarrikadiert haben. Insgesamt wurde der erste Tag durch das Bündnis „Agentur-Schluss“ als Erfolg bewertet. Für Dienstag sind ebenfalls zahlreiche Aktionen, Beratungen und Überraschungen geplant. Man wünscht sich, dass diese Aktion auch auf andere Städte und ARGEn überschwappt.

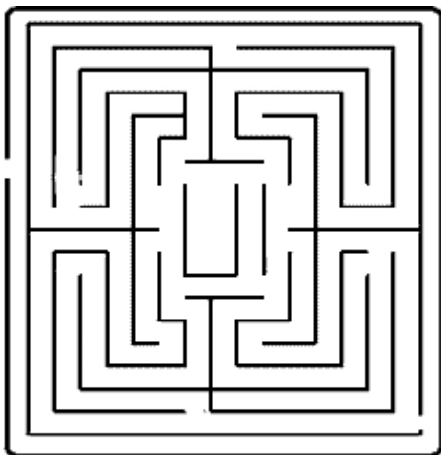
*Dieser Beitrag wurde uns freundlicher Weise von: **Martin Behrsing, Erwerbslosen Forum Deutschland** zur Verfügung gestellt.*

Das Labyrinth

Es wird sein eine Zeit, da ist alles mit allem verknüpft.

Aus „Filosofische Märchen“
Von Klaus Buschendorf, Erfurt
ISBN 3-8311-4552-0

Dies war sein Tag gewesen. Lange arbeitete er schon in dieser Funktion. Jetzt war er offiziell ernannt und eingeführt: Leiter Europa des Weltkonzerns. Wie viele Studienjahre, Praktika und Lehrgänge gingen dem voraus, natürlich die



meisten in „den Staaten“. Nach Reden, Sekt und Abschlussparty jetzt ein Griff zum Buch. Harry Potter hatte ihm da sein Sohn auf den Nachttisch gelegt, der Scherzvogel. Warum nicht drei Seiten Märchen lesen nach einem märchenhaften Tag? Bald flimmerten die Buchstaben märchenhaft vor seinen Augen...

Die Männer vor ihm sahen aus wie Richter, und sie fragten ihn auch so. Wie unter Zwang gab er ihnen Auskunft, was sie doch gar nichts anging. – „Wir fassen zusammen: Sie schätzen ihr Einkommen auf das Hundertfache eines durchschnittlichen Mitarbeiters ihrer Firma. Sie besitzen ein Landhaus in der Lüneburger Heide, eine Finca in Mallorca, eine Südstaaten-Ranch in Florida, eine Yacht in Kiel. Ihr Privat-Jet ist jetzt in Berlin, wo Sie ihre Hauptwohnung am Firmensitz haben.“ Dann ergingen sich die Herren in Zahlen. Er verstand, sie untersuchten seinen privaten Besitz, als seien es Investitionen einer Firma, Nutzungsdauer, Auslastungsgrad, Rentabilität für den geplanten Zweck – aber das ist doch nicht vergleichbar! Natürlich ist das zu 90% ungenutzt. Aber schließlich müsse er doch repräsentie-

ren, sei es der Firma, seinem gesellschaftlichem Rang und sich selber schuldig. – „Wir sind nicht gehalten, ihre Normen anzuwenden“, wies man seine Einwände zurück.

Dann befragte der Vorsitzende andere Leute im Saal, wie sie ihre Einkünfte verwendeten. Ein Jacob Fugger berichtete über seine „Fuggerstadt“ in Augsburg. Eine Barbara Utmann erzählte, wie sie Manufakturen und Verlage gründete, in denen die nach dem Ende des Silberbergbaus im Erzgebirge beschäftigungslos gewordenen sächsischen Bergknappen sich Brot im Posamentengewerbe verdienten. Carl Zeiss und Ernst Abbe sprachen davon, wie sie besonders auf die Ausbildung ihrer Arbeiter achteten. Viele im Saal traten so auf. Doch die meisten verwiesen wie er selbst nur auf Dinge für den „repräsentativen Bedarf“, wie es der Richter wegwerfend bezeichnete. Einer musste mehr erzählen. Als Beruf hatte er „Pharao“ angegeben.

Bei seiner Thronbesteigung führten ihn die Priester durch das Labyrinth des alten Ägyptens und zeigten ihm den ungeheuren Goldschatz des Reiches. Der Pharao fragte, was die Priester tun, wenn der Nil steige, sein Wasser ist nicht weit weg. Sie wussten zu antworten. Was ist zu tun, wenn der Feind sich nähert? Sie wussten die Antwort. Was tut ihr, wenn der Pharao den Schatz braucht? Die Priester sahen verständnislos: Das sei noch nicht vorgekommen. Das gehe auch gar nicht. – Einer dachte heimlich: Wenn der Schatz nicht mehr da ist, wer brauche sie dann noch? – Der Pharao ahnte: Er hat es mit Fanatikern zu tun. Aufrütteln musste er sie. Er hielt ihnen vor: „Priester, sechs Jahre Missernten in Ägypten. Mein Heer ist jämmerlich, meine Bauern sind es auch. Ich will einen Sonntag einführen, damit meine Bauern sich erholen können. Mein Heer braucht Geld für Waffen, um den Feind zu schlagen.“ – Die Priester mochten ihn wohl gar nicht verstehen. „Wir bewahren den Schatz, für jeden Herrscher.“ – Der Pharao steigerte sich in Erregung. „Aber ein solcher Schatz kann doch nicht nutzlos liegen“, fuhr er sie an. – Die Priester schwiegen. – Er hat sie immer bewundert, die Priester, die politische Klasse seines Landes.

Wie klug sie waren, wie sie mit den Menschen sprachen, sie für sich einnahmen. Doch ihr Denken hob ab von diesem Land, von den Problemen seiner Menschen. Er begriff: Sie wussten, dass man sie eigentlich nicht wirklich brauchte. Jeder Fellache konnte an ihre Stelle treten. Das fürchteten sie: Den Verlust ihrer Pfründe. Darum sprachen sie immer orakelhaft. Deshalb waren ihre Gesetze so verworren. Sie setzten Bürokratie als Wall gegen die einfache, klare Logik des gesunden Menschenverstandes. – Der Pharao schaute den Priester an, der ihn führte. Der schien seine Gedanken zu lesen. – Beim Verlassen des Labyrinths erlitt der Pharao einen Unfall. Die Priester machten eine wunderschöne Mumie aus ihm, die Trauerfeier war prächtig, seine Pyramide eine der größten. Doch Ägypten erhielt seinen Sonntag. Der nächste Pharao stellte es schlauer an.

Der Pharao verschwand. Alle anderen verschwanden auf geheimnisvolle Weise. Plötzlich stand er, der neu ernannte Leiter Europa des Weltkonzerns, allein vor dem Tribunal, dass er als solches endlich begriff. Der Vorsitzende sprach: „Ihr Urteil: Völliger geschäftlicher Misserfolg ihrer Firma im Laufe der nächsten Jahre. Begründung: Fehlendes Geld der kleinen Leute für den Kreislauf des Kapitals durch Vergeudung für repräsentative Zwecke der leitenden Manager. Vollzug: Mangelnde Kaufkraft ihrer Kunden lässt die Gewinne stürzen und schließlich Verluste einfahren.“ – Er schluckte. „Was soll ich tun?“ – „Sie können nichts mehr tun. Dies ist das jüngste Gericht für Unternehmer. Ihre Chance ist vertan. Sie können gehen.“ – „Ich bin – frei?“ – „Natürlich. Nach den Gesetzen ihres sogenannten Rechtsstaates begingen sie kein Verbrechen. Dies ist kein Menschengerecht.“ Der Richter sprach weiter – wie im Nebel. Wie im Nebel lag jetzt auch dieser Saal, die Geschworenen vor ihm. Und er begriff den Traum, riss sich heraus und wachte schweißgebadet auf.

Verdammtes Märchenbuch, bringt alles durcheinander! Groß und deutlich sah er vor sich das Labyrinth mit dem Goldschatz, die Bauern Ägyptens, die Priester, den ersten und den zweiten Pharao. Wo stehe ich?

Es ist alles schon einmal da gewesen – nur ein kleines bisschen anders. Muss das so bleiben?

BGE - und kein Ende

Von Max Graffunda

Ich plädiere leidenschaftlich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Dieses Grundeinkommen müsste ausreichen für angemessenen Wohnraum in der Größe, wie sie das Sozialgericht Kassel vor einiger Zeit definierte, inklusive der Nebenkosten, für Verpflegung und Kleidung. Es sollte genug Geld da sein für den Neukauf oder Reparatur technischer Geräte, ebenso wie für die umfassende Teilhabe an Bildung und Kultur. Dazu muss eine



komplette Absicherung der gesundheitlichen Kosten gewährleistet sein.

Auch Herr Ackermann bekommt es. Ich habe damit kein Problem, denn er muss/sollte dafür auch mehr in die gemeinsame Kasse einzahlen, denn: Eigentum verpflichtet (nach dem Grundgesetz). Unterm Strich aber würde es für ihn ein Verlustgeschäft, auch wenn es ihm nicht wirklich weh tut. Es sollte darum gehen, endlich den Prozess umzukehren und Geld von oben nach unten umzuverteilen.

Es gibt keinen Grund, das Grundeinkommen und das Recht auf Arbeit als Forderungen zu sehen, die sich von vornherein ausschließen: Das Grundeinkommen widerspricht nur dem Zwang zur Arbeit, und das Recht auf Arbeit verweigert kein Recht auf Einkommen. Es schafft zwar de facto ein „Recht auf Faulheit“, ich sehe aber nicht, dass sich die Mehrheit dieses Recht nehmen wird.

Das Grundeinkommen kann Teil einer linken Perspektive der Umverteilung von Reichtum und (bezahlter wie unbezahlter) Arbeit und der Reflexion eines alternativen Gesellschaftsmodells sein, wenn mindestens die folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Die Finanzierung wird durch progressive Steuern auf Einkommen, Kapital und Vermögen (sowie allenfalls Lohnprozente) gewährleistet;
- bestehende soziale Sicherungssysteme werden nicht ersetzt, sondern ergänzt und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen angepasst;
- die Höhe des Grundeinkommens darf sich nicht unter der Armutsgrenze (1300 Euro) und den Mindestlohnansätzen (7,50 ... 10 Euro) bewegen.

Dann lässt es sich gut mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder besseren Arbeitsbedingungen verbinden. Um den kapitalistischen Geldfetisch grundsätzlicher in Frage zu stellen und Perspektiven einer Abkopplung Sozialer Sicherheit vom Arbeitsmarkt (die sogenannte Dekommodifizierung) des Alltags zu eröffnen, wie Franz Schandl in „Vom Einkommen zum Auskommen“ (2005)

vorschlägt, wäre das Grundeinkommen mit dem Kampf gegen die Privatisierung und für eine Ausweitung und Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen zu verbinden. Eine unent-

Kampagne



geltliche soziale Infrastruktur kann als „nicht monetäres Grundeinkommen“ für alle betrachtet werden und eröffnet Möglichkeiten gesellschaftlicher Aneignung (Christian Zeller „Zur gesellschaftlichen Aneignung“; 2004), ohne

Kampagne



die kein alternatives Gesellschaftsmodell auskommen wird.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist heute in der öffentlichen Diskussion wichtig, um der zunehmenden Stigmatisierung der Beziehenden von Sozialleistungen, die als Sozialchamarotzer bezeichnet werden, mit dem Vorschlag einer sozialpolitischen Alternative entgegenzutreten.

Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastraße 17, 99867 Gotha, gotha@offenesbuendnis.de
Birgit Kühr (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt), Rainer Thiel (Storkow),
Uwe Birkner (Görlitz)

online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter

<http://www.artikel-eins.com>



zur Verfügung.

Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. * Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

Kontakt:

kontakt@artikel-eins.com

Druck:

Selbstdruck

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

25.10.2007